



gefertigt hat. Man mag nach sozialdemokratischer Auffassung über die ganze Haltung der Deutschnationalen noch so scharf urteilen — durch den Zorn, den Herrmann Müller auszulassen sich zu fand, wird die ohnehin tiefe Klüftung, die unter Wolf gerät, nur noch vertieft und tiefer. Wenn man gegen politische Gegner Schwärzungen treibt, wie die Sozialisten, wenn man einen im Volk und Vaterland beliebten Mann wie Lubenbeck einen pathologischen Sünder nennt, wenn man unter großen Ohligersvors vor der ganzen übrigen Welt als diejenigen brandmarkt, die uns vor Raketen geteilt haben, wenn man immerfort behauptet, daß das Volk oder die Reichswehr das Gift in die Hand nehmen und Vergeltung üben wird, dann

darf man sich nicht wundern, daß die Folge so viele Ausschreitungen sind, wie sie in bestimmten Stunden in Bernau begangen wurden, in der zu Gericht jene Gerede gehalten wurde. Es sind dieselben Leute, die sich unaufhörlich darüber beklagen, daß von der anderen Seite gehetzt wird, und die diese im Leben noch übertrieben über die Verantwortung bewußt haben, und dazu sollten sich doch sozialdemokratische Parteiführer rechnen — mühten diese oberste Aufgabe darin sehen, bei aller grundsätzlichen Wahrung ihres Parteipunktes und bei aller Schärfe des politischen Kampfes nicht in den Zorn des Gegenüberes zu verfallen? Wie soll eine Gelandung unserer politischen Zustände eintreten?

# Ungeklärte Zustände im Reich

## Die Kandidatur Graf Lerchenfeld

In dem großen Rat um die bayerische Ministerpräsidentenkandidatur ist man zwar mit ziemlicher Einmütigkeit auf den Grafen Lerchenfeld abgesehen, jedoch sind die Beratungen der Fraktionen noch nicht so weit vorgeschritten, daß man mit Sicherheit den Nachfolger Dr. v. Schuler's Vorschlag könnte. Nach einer aus Wänden vorliegenden Mitteilung, welche die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei für ein offizielles Dokument der Kandidatur Graf Lerchenfelds. Wir verzeichnen im folgenden folgende Erwägungen:

Die Fraktionen des bayerischen Landtages sind am Dienstag mit ihren Beratungen noch nicht fertig geworden. In der demokratischen Fraktion hat es Unstimmigkeiten gegeben, da ein Teil die Deutschnationalen aus der bisherigen Koalition verdrängen will, um in einer kleineren Koalition eine um so größere Rolle zu spielen. Die Mittelpartei — Deutschnationalen und Bayerische Volkspartei in Bayern — tritt jedoch, wie der Bamberbund, auf Erhaltung der alten Koalition. — Die Fraktionen setzen Mittwoch den 12. d. d. mit ihren Beratungen fort, so daß die Abstimmung des Landtages, wie wir es bereits ankündigen, wahrscheinlich verschoben werden muß, vielleicht am Mittwoch vormittag auf den Nachmittag oder Abend oder noch weiter hinaus.

Der erklärte Kandidat der Bayerischen Volkspartei für die Nachfolge Dr. v. Schuler, über den sie sich aber noch mit den anderen Fraktionen einigen muß, ist, wie bereits gemeldet wurde, Graf Hugo von Lerchenfeld. Graf Lerchenfeld, der erklärte Kandidat der Bayerischen Volkspartei, kommt am Mittwoch vormittag von Darmstadt nach München. Graf Lerchenfeld ist einer der wenigen bayerischen Beamten im Reichsdienst, die zu dem besonderen Zweck eines Ausgleichs mit der Reichsregierung und Bayern in den bayerischen Reichsdienst zurückgerufen werden können. Zu erwähnen ist noch, daß der Letzte des im eigenen Stamm bereits ausgestorbenen, verwandten Hauses, Graf Alfons von Lerchenfeld-Oberperenberg, General der Kavallerie, langjähriger Generaladjutant und Vertrauter des verstorbenen Prinzenregenten Altkönig von Bayern gewesen ist. Der jetzige Ministerkandidat ist als Reichsminister in Frankfurt an der Saar und als Reichsminister in Würzburg nicht unbeliebt gewesen. In der Hinsicht, während seiner Tätigkeit, ist er ein Freund des längst verstorbenen, einflussreichen konservativen Politikers Reichsgraf Fritz von Buhl, des größten Vermögenden und reichsten Mannes der Pfalz, geboren

## Deutschnationale Anfrage in Sachen Wirth-Weismann

Der Abg. Winkler und die übrigen Mitglieder der Deutschnationalen Fraktion im Reichstag haben folgende parlamentarische Anfrage an die Regierung gerichtet: „Der Herr Reichstagspräsident hat kürzlich im Wiederwahlgesuch des Reichstages einen Bericht des Preussischen Staatskommissars für öffentliche Ordnung über die bayerische Verhältnisse begeben, der sich über die Auffassung äußert, daß der Preussische Staatskommissar für die öffentliche Ordnung unangelegentlich in bayerische Angelegenheiten eingegriffen habe, oder gar noch eingreifen“

Die Preussische Staatsregierung hat hierzu erklärt, daß die Ermittlungen, von denen der Reichstagspräsident gesprochen hätte, im Mai 1920, und zwar auf Anordnung der bayerischen Staatsregierung stattgefunden hätten, daß der Preussische Staatskommissar für öffentliche Ordnung für die Befreiung der Einwirkung aus dem Reichsdienst in Anspruch genommen wurde und von diesen Aufträgen empfangen, daß die Preussische Staatsregierung von den durch den Staatskommissar angelegten Ermittlungen erst durch Befehlen der Reichsregierung durch den Reichsdienst in Preussische Dienste ermahnt habe, und daß gegen eine Wiederholung derartigen Vorkommnisse geeignete Vorkehrungen getroffen seien.

- Wir begreifen die letztere Erklärung der Staatsregierung, nicht ohne angelegentlich der großen und berechtigten Forderung, welche die Verletzung dieses Berichtes in Bayern auslöst, noch um nähere Mitteilungen darüber:
1. Ob sich die Tätigkeit des Preussischen Staatskommissars auf die Feststellung im Mai 1920 beschränkt und welchen formellen Anhalt sie der Reichsregierung gegenüber gefunden hat?
  2. Wie es kommt, daß der Preussische Staatskommissar Ermittlungen in Bayern vornehmen konnte, ohne die bayerische Staatsregierung vorher zu verständigen?
  3. Wie es kommt, daß der Preussische Staatskommissar über das Ergebnis seiner Ermittlungen Bericht erstattet hat, unter Umgehung der Preussischen Staatsregierung?
  4. Welche Vorkehrungen seitens der Staatsregierung sind die Wiederholung derartigen Vorkommnisse getroffen worden?

## Die Regierung und der Schutz auf Stresemann

Unter dieser Überschrift macht der „Tag“ folgende Feststellungen: „Die wir zu dem Attentat auf Dr. Stresemann und Dr. Hugo in Lüdenscheid erfahren, ist die Schutzpolizei eifrig bemüht, den Fall aufzuklären. Das preussische Ministerium des Innern ist selbst in der Angelegenheit tätig. Man muß natürlich abwarten, welches Ergebnis die Untersuchung haben wird. Trotzdem berührt es eigenartig, wenn die amtlichen Stellen auf Anfrage über dieses Attentat eine ganz andere Auskunft geben wie im Falle Erdrager. So wird uns gegenüber von der zuständigen Stelle des preussischen Ministeriums erklärt, man dürfe die Attentate auf Erdrager und Stresemann nicht miteinander verwechseln. Denn Stresemann sei bei der Finken nicht so verhaftet wie Erdrager in den Reichsgefängnis. Vorläufig läge die Annahme nahe, daß es sich bei dem Attentat auf den Führer der Deutschen Volkspartei um einen Dummensündenstreich handle. Auf unseren Einwand, daß der Schutz sehr gut hätte treffen können, wurde erwidert, er sei ja vorbegegangen. (1) Diele Auskunft ist um so verwerflicher, als sich auch gestern und gegenüber der zuständigen Stelle der Reichsregierung ähnlich geäußert hat. Man kommt auf die Vermutung, daß sowohl die Reichsregierung als die bayerische Staatsregierung von ihren vorgesetzten Behörden, in diesem Falle von Staatskommissar Weismann und vom Reichstagspräsidenten aufgefordert sind, eine derartige Auskunft zu geben. Wenn man bedenkt, daß gerade der Reichstagspräsident sich nicht genug tun konnte in der Beurteilung

des Erdrager-Mordes, muß man sich wundern, daß ein solches Stresemann eine derartige Auskunft gegeben wird. Hier ist die Untersuchung erst abgemakelt. Stresemann aber nicht so nach demnach aus, daß, wie auf Erdrager, auch auf Stresemann ein Verhörangemacht werden für mit dem einen Unterleibe, daß Stresemann glücklicherweise nicht getroffen worden ist.

## Zusammenfassung der Gewerbe

Die Reparations-Auslösung hatte, wie bekannt, zur Beratung des Reichstages (Voraussetzung der Gewerbe für die Reparations) einen außerordentlichen Ausschuss aus sich eingeleitet. Dieser hat sich in mehreren Sitzungen mit dem Angebot der Industrie beschäftigt, dem Reiche durch Inanspruchnahme eines langfristigen Kredits die Mittel zur Erfüllung der auswärtigen Verpflichtungen für die nächsten Jahre zur Verfügung zu stellen. Die Beratung der nicht-militärischen Bedürfnisse innerhalb des Ausschusses, welche der Überzeugung Ausdruck, daß der Trägern der Kreditation außer der Industrie auch die übrigen Gewerbe, insbesondere die Landwirtschaft, das Handwerk, der Handel und der Gießerei, herangezogen werden müßten.

Es wurde auf Anregung des Ausschusses ein Plan zu einer Kreditorganisation von dem Reichstagen Dr. Hagenbuch ausgearbeitet, der in erster Linie vom Ausschuss geteilt wurde. Der Entwurf sieht eine Zusammenfassung der Gewerbe, der Landwirtschaft und der Industrie in Angliederung an die Berufsvereinigungen vor. Als Kreditgrundlage ist die Haftung der einzelnen Mitglieder gegenüber der gesamten Organisation gedacht. Die Haftung ist auf bestimmte Summen für jedes einzelne Mitglied beschränkt. Recht aber in gewissen Grenzen eine Haftung jedes Mitglieds für den Rest innerhalb der Gruppe vor. Die Mitglieder sind berechtigt, die eigenen Beiträge, die sie für Amortisation, Zinsen und Kosten aufzubringen, von einem bestimmten Zeitpunkt ab mit dem Reiche auf bestimmte Steuern zu verrechnen.

Zunächst des Ausschusses bestand Herbeizustimmung darüber, daß die Kreditorganisation der Gewerbe für die äußeren Reparationszwecke die Durchführung der Wirtschaftsweise in der Form, wie sie der Reparationsauslösung beschloß, nicht berührt.

Es wird in der nächsten Woche eine zweite Sitzung des Organisations-Ausschusses innerhalb des Reichstages stattfinden.

## Ausschluß aus der Bayerischen Volkspartei

Die Fraktion der Bayerischen Volkspartei hat den Landtagsabgeordneten Dr. Johann der wegen seines Auftretens gegen den Fraktionsführer Selb und unter dem Vorwurf gekränkter Ehrgeizes und fargelasteter Treibereien gegen die Fraktion, so auch im „Miesbacher Tagblatt“, einstimmig aus der Fraktion ausgeschlossen. Die Bayerische Volkspartei bestätigt, daß die Wählung heute verhängen worden ist.

## Die Lusitania-Lüge der Entente

Die deutsch-amerikanische Zeitschrift „Die Weltanschauung“ in St. Louis bringt folgenden Artikel über den Lusitaniafall: „Die Welt und mit großem Unmut hört jetzt ganz Amerika, wie der ehemalige Geheimkammerkollektor, Dudley Field Malone, ein Mann, der seinerzeit sich um die Wahl Wilsons zu verdient gemacht, daß er dafür mit dem bedeutendsten Bundesamt in New-York belohnt wurde, nämlich in einer Rede auf New-York erklärte, daß die „Lusitania“, als sie von einem deutschen Torpedoboot versenkt wurde, 4200 Kisten Patronen für die britische Regierung an Bord hatte, und daß diese Patronen 11 Tausend spanische Kugeln enthielt. „Wenn die Patrone der Verwendung Wilsons offen werden“, laut Malone, „wird die Welt einen tiefen Haß gegen die Regierung in favor sich ein Regiment der Unterdrückung und Seindlichkeit fühlte. Als A. S. Follette eine Anfrage erhob, ob es sofort aus dem Senat ausgeschlossen werden, und wir alle erinnern uns, wie er mit knapper Not diesem Schicksal entging. Bei dem Verfahren vor dem Senatsausschuss verlor er Vorlegung des Berichtes des Geheimnehmers von New-York Malone selbst hatte

## Stadt-Theater in Halle „Zwangseinquartierung“

Schauspiel von Franz Arnold und Ernst Wäch.

Die Intendanz unseres Stadttheaters kann nach dem Erfolg des gestrigen Abends in aller Ruhe und Behaglichkeit der neuen Spielzeit entgegensehen. Kann getrost die leeren Säulen, vor denen im allgemeinen das flächtige Schauspiel oder die flächtige Dichtung werden, verlagern. „Zwangseinquartierung“ macht das Menschen. Einmal in der Woche „Zwangseinquartierung“, nach vier Wochen ein ähnliches Dues — und eines der schwierigsten Probleme unserer Stadttheater, die Finanzierung des städtischen Theaters, ist gelöst!

In der Tat: ein glücklicher Griff der Intendanz, als erstes Anzeichen der neuen Spielzeit, diese „Zwangseinquartierung“ herauszubringen. Ein nicht minder glücklicher Griff, die Rolle des Wirtensbesizers und Kommissionsrates Anton Schwabe mit Adolf Schiele zu betragen. Adolf Schiele — ein vollwertiger Wille Schür-Grub — kam auf die Bühne, wurde gesehen und liegte! Innerhalb fünf Minuten! Allein schon mit seinem strotzenden Anton, sich die Bremse an — alle ist nämlich um ein neues Schauspielereigenen, Anton, sich die Bremse an. „Wie im Kino“ mit Anton, sich die Bremse an, da die Zwangseinquartierung ihren Höhepunkt erreicht hat. — Anton Schwabe spricht ein wahres Wort — „Wie im Kino“ — „Ja, da steht man vis-à-vis. — Wir stehen eben halt noch immer im Zeichen der Wohnungsnotstandsverhältnisse, und das Genuß der Zwangseinquartierung wird sich erst noch nicht ausgeföhren sein. Darum: „Anton, sich die Bremse an!“

Also, der Kommissionsrat und Fabrikbesitzer Anton Schwabe hat genug von den Ertragsabhängigen der neuen Zeit, als da B. H. und Betriebsrat, auf ihre Meinungen bedingende Diener, Bekommen um. Anton Schwabe zieht sich in die Einsamkeit seiner Zwölfzimmer Villa zurück. „Wollt ihr den Keller über die neue Zeit übergeben, so tritt er sich nach dem Vorbild eines Straßenbahnkassiers, der bei

einem drohenden Zusammenstoß einfach die Bremse seines Wagens ansieht, die Worte zu: „Anton, sich die Bremse“. Mit dem Erfolge, daß die kommissionarische Ruhe sofort wiederhergestellt ist. Ansehen: „Des Lebens ungemütliche Freude“ usw. ... Anton Schwabe erhält Zwangseinquartierung: eine raffige Ungarin, den Dementen des städtischen Wohnungsamts, Herrn Dr. Hellwig, ein junges Ehepaar, das ist kein entlassener Diener Karl und seine entlassene Köchin Anna. Die Ungarin ist die Braut seines Vessien, den er mit der Tochter Selene seines Kompagnon verheiratet will, welche wiederum der allmächtige Wohnungsamtsbesitzer liebt, für welchen selbstverständlich Fräulein Selene die sog. Liebe auf den ersten Blick empfindet. Und da Herr Dr. Hellwig Dementen des Wohnungsamts ist, so läßt sich eben die ganze Sache sehr gut „schönen“. Was jeglicher Widerstand von kommissionarischer Seite gebrochen ist. Und dann hat ja Anton Schwabe vor 20 Jahren überdies einen kleinen faux pas getan. Und die schöne Ungarin soll seine Tochter sein. Aber schließlich drückt er seine Köchin Anna als Tochter an sein Vaterpaar.

So ähnlich spielte sich ja wohl die „Höndung“ des Schwabes ab. Nebenbei: Schluß- und Anfallzeit: Zwei Verlobungen und Verählung auf der ganzen Linie. ... Der Zuschauer aber, an dem diese Szenen toller Situationskomik in knapp zwei Stunden mit knarrender Selbstverständlichkeit übergehen, wird sich schließlich sehr unwohl fühlen und resigniert das mahnende Wort aus: „Anton, sich die Bremse an!“ Manchem wird dann allerdings erst wieder am Bewußtsein gekommen sein, daß er sich im — Stadttheater befand ...

In Summa: ein nicht enttäuschter Intendant, ein nicht enttäuschter Publikum. Soll da der Kritiker allein enttäuscht? Er bezeugt gern, daß Adolf Schiele, der bereits eingangs als „pater patriae“ lobend hervorgehoben wurde, mit Geistes- und Erfolg seines Amtes als Spielleiter waltete und vornehmlich für einen hohen Gang der Aufführung Sorge trug. In Hermann Hiegler (Vorterrator) hat Dona Dehde eine ebenfalls tüchtige Darstellerin gefunden. Gudrun Schmidt (Dr. Hellwig) hat vielen Schwächen mit Humor und Eleganz, Frieda Doerr die Selene kühnsten und zurückhaltend. Erfolg: eine treffliche

Kontrollfunktion! Ganz Kasse und Feuer vor die Stella Trude Horns, das Epel ihres Vorkners, Wolfgang Herrmann (Herr Gerbard), um einen Ton zu laut und farblos. Die Begleitung der übrigen Rollen befriedigte und erweckte ganz günstige Hoffnungen auf die Qualität weiterer Lustspielaufführungen. — Helm.

**Gelehrtenankündigungen.** Wie wir schon in der „Berliner Vorboten“ Dr. jur. Eckhard Schmidt vom 1. Oktober d. J. an zum ordentlichen Professor an der Universität Breslau als Nachfolger Greizers ernannt worden. Sein Lebenslauf umfaßt: Strafrecht, Strafrechtsgeschichte, Rechtsphilosophie, Einführung in die Rechtsphilosophie und Verfassungsgeschichte des Rechts. Wie die „Berliner Vorboten“ berichtet, hat der ebenf. Professor an der Königsberger Universität Dr. jur. Guido Risch einen Ruf auf das Ordinariat für deutsche Rechtsphilosophie, bürgerliches und Handelsrecht an der deutschen Universität in Prag erhalten. Risch ist Professor der Rechtswissenschaften an der Universität Königsberg. Dr. Christian Jensen ist in gleicher Eigenschaft nach Kiel versetzt worden; er tritt hier an Stelle des nach Berlin berufenen Professors Jäger.

**Am demnächst Sailerbund.** Als Weimar wird und von dem fernsten Städtchen geleitet. Auf dem 1. Oktober d. J. an zum ordentlichen Professor an der Universität Breslau als Nachfolger Greizers ernannt worden. Sein Lebenslauf umfaßt: Strafrecht, Strafrechtsgeschichte, Rechtsphilosophie, Einführung in die Rechtsphilosophie und Verfassungsgeschichte des Rechts. Wie die „Berliner Vorboten“ berichtet, hat der ebenf. Professor an der Königsberger Universität Dr. jur. Guido Risch einen Ruf auf das Ordinariat für deutsche Rechtsphilosophie, bürgerliches und Handelsrecht an der deutschen Universität in Prag erhalten. Risch ist Professor der Rechtswissenschaften an der Universität Königsberg. Dr. Christian Jensen ist in gleicher Eigenschaft nach Kiel versetzt worden; er tritt hier an Stelle des nach Berlin berufenen Professors Jäger.











